
Innenpolitik

8 Konstituierende Tagungen des Nationalen Volkskongresses und der Politischen Konsultativkonferenz

In der ersten Märzhälfte fanden in Beijing zeitgleich die ersten Jahrestagungen des X. Nationalen Volkskongresses (NVK) und der X. Politischen Konsultativkonferenz des Chinesischen Volkes (PKCV) statt. Im Fünfjahresrhythmus konstituieren sich diese beiden Organe neu.

So trat der X. NVK in neuer Zusammensetzung mit 2.984 Delegierten vom 5. bis 18. März zusammen. Ausführliche Beiträge sowie verschiedene Übersichten in diesem Heft widmen sich den dort getroffenen Entscheidungen zur Besetzung der höchsten Staatsämter und zu einer neuen Runde der Verwaltungsreform sowie zur Wirtschafts- und Außenpolitik.

Vom 3. bis zum 14. März kam außerdem die X. PKCV mit rund 2.200 Mitgliedern zu ihrer konstituierenden Tagung zusammen. Auch hier stand die Neubesetzung der Führungsgremien an oberster Stelle auf der Tagesordnung. Wie erwartet worden war, wurde Jia Qinglin, bislang Parteisekretär von Beijing, zum neuen Vorsitzenden der PKCV gewählt (s. auch die Beiträge von Holbig und Liu im hinteren Teil dieses Heftes). Er löst damit Li Ruihuan ab, der auf dem XVI. Parteitag der KPCh im November 2002 nicht mehr ins Politbüro gewählt worden war und damit nicht mehr für die Fortsetzung dieses formal hochrangigen Staatsamtes zur Verfügung stand. Gewählt wurden ferner 24 stellvertretende Vorsitzende der PKCV, unter ihnen auch der ehemalige Bürgermeister von Shanghai Xu Kuangdi, der zum Jahreswechsel 2001/02 überraschend aus seinem Amt entfernt und nach Beijing versetzt worden war (vgl. C.a., 2001/12, Ü 9, 2002/5, Ü 12), sowie ein aus 299 Mitgliedern bestehender Ständiger Ausschuss. Zheng Wantong wurde zum Generalsekretär der X. PKCK bestimmt (vgl. *Monthly Data* im hinteren Teil dieses Heftes).

Verschiedenen Reden hochrangiger Politiker aus den letzten Monaten zu Folge soll die PKCV künftig als staatliches Organ neben dem NVK aufgewertet werden und vermehrte Kompetenzen in den Bereichen der Konsultation und der Überwachung erhalten. Der Ablauf der diesjährigen Tagung, die vollständig dem bekannten Routineschema folgte, lief von solchen Plänen allerdings nichts vermuten. (Xinhua, 13.3.03, nach BBC PF 14.3.03; XNA, 14.3.03; SCMP, 3., 14.3.03) -hol-

9 Furcht vor anti-amerikanischen Protesten muslimischer Bevölkerungsteile

Der Umgang der chinesischen Führung mit dem Irak-Konflikt verrät eine äußerst schwierige Gratwanderung: Einerseits hat sich die Führungsspitze außenpolitisch dazu durchgerungen, unter Verweis auf die Anti-Kriegs-Überzeugung des eigenen Volkes das militärische Vorgehen der USA im Irak explizit zu verurteilen (vgl. Übersicht in der Rubrik Außenpolitik). Aus innenpolitischer Perspektive fürchtet man andererseits das Aufkommen anti-amerikanischer Proteste, insbesondere unter muslimischen Teilen der Bevölkerung, da man Sorge vor einer gesellschaftlichen und politischen Destabilisierung hat. So sah sich die parteistaatliche Führung seit Beginn des militärischen Angriffs der USA auf den Irak am 20. März zu verschiedenen Maßnahmen zur Wahrung der Stabilität veranlasst.

Einem Artikel der Hongkonger Zeitschrift *Ming Pao* zu Folge soll Jiang Zemin in seiner Funktion als Vorsitzender der Zentralen Militärkommission zwei oder drei Tage nach Kriegsbeginn ein Dekret unterzeichnet haben, in dem für alle Waffengattungen der Volksbefreiungsarmee landesweit Einsatzbereitschaft der zweiten Stufe angeordnet wurde. Unter anderem sieht diese Stufe Urlaubs- und Ausgangssperre für alle Angehörigen der Armee vor, um im Bedarfsfall sofort in voller Stärke einsatzfähig zu sein.

Derselben Meldung zu Folge wurde von der zentralen Führungsgruppe für auswärtige Angelegenheiten eine Ad-hoc-Arbeitsgruppe zum Irak-Krieg gebildet, deren Aufgabe es unter ande-

rem sei, die Entwicklung der Situation im eigenen Lande genau zu verfolgen, um im Fall eventueller durch den Krieg im Irak provozierter Proteste und anderer unvorhersehbarer Ereignisse unverzüglich eingreifen zu können. Die Ad-hoc-Arbeitsgruppe soll unter der Leitung von KPCh-Generalsekretär und Staatspräsident Hu Jintao stehen; ihr sollen außerdem der neue Ministerpräsident Wen Jiabao, die für auswärtige Beziehungen zuständige stellvertretende Ministerpräsidentin Wu Yi, der Staatsratskommissar und ehemalige Außenminister Tang Jiaxuan und der neue Außenminister Li Zhaoxing angehören.

Von Seiten des Ministeriums für öffentliche Sicherheit soll außerdem ein Rundschreiben zur Wahrung der gesellschaftlichen Stabilität im Lande ergangen sein. Darin wurde aufgerufen, landesweit die Anstrengungen zu verstärken, um die öffentliche Sicherheit aufrechtzuerhalten, terroristische Anschläge zu vereiteln und eventuelle Störungen der öffentlichen Ordnung zu verhüten.

Besondere Sorge richtet sich offenbar vor allem auf muslimische Teile der Bevölkerung. So wurde am 22. März ein offener Brief des Präsidenten der Islamischen Vereinigung Chinas, der offiziellen Dachorganisation im Rahmen der „Einheitsfront“ der KPCh, veröffentlicht. Imam Chen Guangyuan appellierte darin an alle chinesischen Muslime, von jeglichen drastischen Anti-Kriegs-Aktionen Abstand zu nehmen. Die chinesische Regierung, so argumentierte er in dem offenen Brief, habe ihrem Protest gegen den US-amerikanischen Angriff auf den Irak bereits im Namen des gesamten chinesischen Volkes Ausdruck gegeben und die entgegen der internationalen Vermittlungsbemühungen unternommenen militärischen Aktionen scharf verurteilt. Auch habe die Regierung ihr Mitgefühl mit dem irakischen Volk bekundet und eine Beendigung der kriegerischen Auseinandersetzungen gefordert. Damit vertrete die Regierung die 20 Millionen in der Volksrepublik lebenden Muslime und ihre friedliebenden religiösen Überzeugungen voll und ganz. Im Sinne ihrer eigenen patriotischen und friedliebenden Tradition sollten daher auch die Muslime auf die diplomatischen Anstrengungen ihrer Regierung vertrauen.

en und selbst auf Proteste verzichten. Die folgende Passage reflektiert in eindrücklicher Weise das Dilemma der staatlichen Führung zwischen außenpolitischer Protesthaltung und Wahrung der innenpolitischen Stabilität. So appellierte Imam Chen Guangyuan in dem offenen Brief an seine Glaubensgenossen:

„Wir hoffen aufrichtig, dass die chinesischen Muslime aller ethnischen Gruppen unsere Wünsche und Gefühle für den Frieden und gegen den Krieg durch reguläre Kanäle und in einer ausgewogenen, sensiblen, gesetzestreuen und geordneten Art und Weise zum Ausdruck bringen, unter Berücksichtigung der fundamentalen Interessen des gesamten Landes. Sie sollten von jeglichen drastischen und spontanen Aktionen Abstand nehmen, um keine Zwischenfälle zu provozieren, die den ursprünglichen [friedliebenden] Motiven zuwiderlaufen und die gesellschaftliche Stabilität gefährden könnten. Wir Muslime sollten unserer Verantwortung und unseren Pflichten für die Wahrung der gesellschaftlichen Stabilität und der Solidarität unter den verschiedenen Nationalitäten unseres Landes nachkommen und unseren Beitrag zur Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung und zum umfassenden Aufbau einer Gesellschaft bescheidenen Wohlstands leisten. Nur wenn unser Land stark und unser Volk wohlhabend wird, wird unser Vaterland, das sich durchgängig für Frieden und Entwicklung und gegen Krieg einsetzt, eine stärkere Stimme in der internationalen Arena erhalten und besser dazu beitragen können, den Weltfrieden zu bewahren.“ (Xinhua, 22.3.03, nach BBC PF, 23.3.03).

Die Furcht vor anti-amerikanischen Protestaktionen muslimischer Bevölkerungsteile scheint durchaus begründet. Wie der oben erwähnte *Ming Pao*-Artikel berichtete, soll es nach Ausbruch des Krieges im Kreis Longhui bei Shaoyang in der Provinz Hunan, aber auch in Beijing selbst, zu vereinzelt Protestaktionen von Muslimen gekommen sein. Protestierende in Hunan sollen von den Behörden die Erlaubnis zur Ausreise verlangt haben, um sich im Irak selbst als „menschliche Schilde“ den amerikanischen Angriffen entgegenstellen zu können. Lokalregierung und Sicherheitskräfte hätten die

Proteste nur mit großer Mühe auflösen können.

Keine aktuellen Informationen liegen über die Situation in der Autonomen Region Xinjiang vor, in der 10 Millionen der insgesamt 16 Millionen Einwohner Muslime sind. Angesichts einer Geschichte gewalttätiger Protestaktionen scheint hier die Gefahr einer gesellschaftlichen Destabilisierung am größten, zumal der Grad staatlicher Repression durch Maßnahmen im Rahmen der Bekämpfung des „Terrorismus“ seit dem 11. September in dieser Region deutlich zugenommen hat (vgl. C.a., 2001/11, Ü 8, 2002/1, Ü 9, 2002/8, Ü 5). Fortgesetzt betrieben werden offenbar auch offizielle Schulungsmaßnahmen für islamische Religionsführer in Xinjiang mit dem Ziel stärkerer staatlicher Kontrolle über die Aktivitäten muslimischer Gläubiger (vgl. C.a., 2001/10, Ü 8). (Zhongguo Xinwen She, 9.3.03, nach BBC PF 11.3.03; Xinhua, 22.3.03, nach BBC PF, 23.3.03; *Ming Pao*, 25.3.03, nach FBIS, 25.3.03) -hol-

10 Ministerpräsident Wen Jiabao zur Korruptionsbekämpfung

Nachdem die im November 2002 gewählte Disziplinarkontrollkommission des ZK der KPCh im Februar zum Thema der Korruptionsbekämpfung getagt hatte, widmete sich Ende März nun auch der auf der jüngsten NVK-Tagung neu gewählte Staatsrat diesem Thema. In Anwesenheit der vier stellvertretenden Ministerpräsidenten, fünf Staatsratskommissare sowie von Wu Guanzheng, dem Leiter der Disziplinarkontrollkommission, und He Yong, dem Mitglied des ZK-Sekretariats, sprach Wen Jiabao in seiner Funktion als Ministerpräsident über den Aufbau einer „sauberen und ehrlichen Regierung“.

Seine Rede knüpfte inhaltlich an die Reden Wu Guanzhengs und Hu Jintaos, des neuen Generalsekretärs der KPCh, an, die diese auf der Februar-Tagung gehalten hatten, und nahm wichtige Gedanken und Vorschläge daraus auf (vgl. C.a., 2003/2, Ü 8). Darüber hinaus benannte Wen eine Reihe konkreter Korruptionsaktivitäten, die unter Regierungsbeamten auf den verschiedenen administra-

tiven Ebenen offenbar weit verbreitet sind. So findet sich in einem Abschnitt über die verbesserte Durchsetzung von Anti-Korruptions-Vorschriften und die Standardisierung offiziellen Verhaltens der folgende eindrückliche Katalog korrupter Verhaltensweisen:

- der Tausch von Macht gegen Geld zum persönlichen Vorteil bei offiziellen Genehmigungsverfahren oder der Allokation öffentlicher Gelder;
- der Missbrauch von Amtsfunktionen zum persönlichen Nutzen durch unrechtmäßige Einmischung in öffentliche Ausschreibungsverfahren, in die Überschreibung kommerzieller Landnutzungsrechte, in Immobilienprojekte und in marktwirtschaftliche Aktivitäten;
- die Annahme von Bargeld, Wertpapieren oder anderer geldwerter Objekte von Einheiten oder Individuen, die im Bezug zur Ausübung des eigenen Amtes stehen;
- das stillschweigende Einverständnis oder die aktive Ermutigung von eigenen Familienmitgliedern oder Personal, die eigene Amtsfunktion zum persönlichen Nutzen zu missbrauchen;
- die Veranlassung von „Imageprojekten“ zur Verbesserung des persönlichen Prestiges;
- die Benutzung von Limousinen, deren Wert den rangmäßig zustehenden Dienstwagen-Standard übersteigt;
- die Teilnahme an touristischen Aktivitäten auf öffentliche Kosten während Dienst- und Fortbildungsreisen;
- die Vergabe von Geschenken und Souvenirs auf Sitzungen;
- die Aufteilung von Sitzungskosten auf beteiligte Unternehmen und Einrichtungen;
- der Bau bzw. die Renovierung von Verwaltungsgebäuden zu Repräsentationszwecken;

- die Veranstaltung von Festivitäten und Veranstaltungen jeder Art mit dem Ziel, sich gegenseitig durch Pomp zu übertrumpfen;
- die Durchführung von Dienstreisen ins Ausland ohne eigentlichen dienstlichen Zweck;
- die übermäßig häufige Veranstaltung von Tagungen und die exzessive Herausgabe offizieller Dokumente;
- die Veranstaltung von Banketten und Vergabe von Geschenken auf öffentliche Kosten;
- die Teilnahme an kostspieligen Vergnügungsaktivitäten auf öffentliche Kosten;
- die Unterbringung und Verköstigung von Teilnehmern an offiziellen Veranstaltungen oberhalb der rangmäßig zustehenden Standards;
- sowie die leihweise Nutzung von Kraftfahrzeugen untergeordneter Regierungseinrichtungen.

Dieser lange Katalog scheint einem Sittenbild des chinesischen Beamten­tums zu Beginn des 21. Jahrhunderts gleichzukommen. So beachtlich das in den staatlichen Medien veröffentlichte explizite Eingeständnis solcher verbreiteter Missstände auch ist, scheint doch sehr fraglich, wie die parteistaatliche Führung diesen feudalistisch anmutenden Korruptionspraktiken effektiv beikommen will. (RMRB, 28.3.03; Xinhua, 27.3.03, nach BBC PF, 29.3.03) -hol-

11 Schließung einer politisch kritischen Wochenzeitschrift

Wie Mitte März bekannt wurde, hat die Propagandaabteilung der Provinz Guangdong die Wochenzeitschrift *21st Century World Herald*, eine Publikation der in Guangzhou angesiedelten Southern (Nanfang)-Verlagsgruppe, schließen lassen. Die Zeitschrift war im Juli 2002 gegründet worden und erreichte nach eigenen Angaben zuletzt eine durchschnittliche Auflage von 386.000.

Grund für die Schließung war die Veröffentlichung eines Interviews mit Li

Rui, dem früheren Sekretär Mao Zedongs und liberal gesinnten politischen Denker. Der 86-Jährige hatte in dem Interview umfassende politische Reformen, insbesondere auch eine schnellere Demokratisierung innerhalb der KPCh gefordert (vgl. C.a., 2003/1, Ü 9). Darüber hinaus hatte er scharfe Kritik an Mao Zedong geübt, weil dieser einen Kult um seine eigene Person geschaffen habe, sowie an Deng Xiaoping, der es versäumt habe, neben den wirtschaftlichen auch politische Reformen einzuleiten. Erstmals in einer größeren Zeitschrift würdigte Li Rui andererseits den früheren liberalen Generalsekretär der KPCh, Hu Yaobang, dessen Tod im April 1989 die Studentenproteste auf dem Tiananmen-Platz in Beijing ausgelöst hatte.

In den letzten Wochen waren wiederholt Beiträge zum Thema politischer Reformen in den chinesischen Medien erschienen – sie nahmen entsprechende Signale des XVI. Parteitag der KPCh im vergangenen November auf, wo dieses Thema gewissermaßen für die öffentliche Diskussion lizenziert worden war. Für die restriktive Haltung der Propagandabehörden im Fall des *21st Century World Herald* dürfte zum einen der Umstand verantwortlich gewesen sein, dass das betreffende Interview mit Li Rui zu einem sehr sensiblen Zeitpunkt, nämlich am 3. März, also kurze Zeit vor der Eröffnung des X. NVK am 5. März, erschienen war. Zum anderen dürfte die Tatsache Missfallen erregt haben, dass Li Rui sich hier nicht auf eine abstrakte Erörterung politischer Zusammenhänge beschränkte, sondern einzelne – wenn auch bereits verstorbene – hochrangige Führungspersönlichkeiten namentlich kritisierte.

Den verfügbaren Berichten ist nicht eindeutig zu entnehmen, ob die Schließung endgültig oder von vorübergehender Dauer ist. Die Erfahrungen der Schwesterpublikationen *Southern Weekly* und *Southern Weekend*, die bereits wiederholte Male wegen kritischer Berichterstattung mit temporären Publikationsverboten belegt und internen Reorganisations- und Disziplinierungsmaßnahmen unterworfen worden sind, sprechen dafür, dass auch die diesmalige Schließung des *21st Century World Herald* nicht endgültiger Natur sein dürfte.

Der jüngste behördliche Eingriff in den Mediensektor, der international einiges Aufsehen erregte, fand im zeitlichen Kontext einer ansatzweisen Lockerung der parteistaatlichen Medienkontrolle statt, wie sie seit dem XVI. Parteitag im November 2002 zu beobachten ist. Unter der Führung des neuen KPCh-Generalsekretärs Hu Jintao und des für Propaganda- und Literaturfragen zuständigen neuen Mitglieds des Ständigen Ausschusses des Politbüros, Li Changchun, der als früherer Parteisekretär der Provinz Guangdong über Erfahrungen mit einem sehr lebendigen Medienmarkt verfügt, wurden in den vergangenen Monaten mehrere Versuche begrenzter Reformen unternommen, die darauf abzielten, das Medienangebot stärker an den Interessen des Publikums auszurichten.

So gab Li Changchun im Januar dieses Jahres grünes Licht für ein 24-stündiges Nachrichtenprogramm des staatlichen Fernsehsenders CCTV, das ab Juli in Anlehnung an internationale englischsprachige Vorbilder professionelle und ereignisnahe Berichterstattung zu wichtigen aktuellen Themen liefern soll. Auch wurde dem in Hongkong ansässigen Phoenix Satellite TV gestattet, sein in hochchinesischer Sprache produziertes Fernsehprogramm InfoNews in ausgewählten Hotels, Apartmentkomplexen, akademischen und Regierungseinrichtungen auf dem Festland auszustrahlen. Ziel dieser Liberalisierung soll es sein, den heimischen Fernsehmarkt angesichts der zunehmenden internationalen Konkurrenz attraktiver zu machen und zu verhindern, dass immer mehr Kunden zu ausländischen Anbietern abwandern.

In eine ähnliche Stoßrichtung gehen offenbar verschiedene Anläufe der neuen Führung, die Nachrichtenberichterstattung der staatlichen Printmedien attraktiver zu gestalten. So waren Hu Jintao und Li Changchun im Lauf der vergangenen Wochen mehrfach mit Vorschlägen zu vernehmen, die staatlichen Zeitungen sollten mehr über aktuelle Ereignisse, die das Publikum interessierten, und weniger über offizielle Sitzungen, Treffen und Inspektionsreisen hochrangiger Politiker berichten. Meldungen der letzten Kategorien sollten in ihrem Umfang möglichst knapp gehalten werden und auf

die üblichen langatmigen Aufzählungen der Namen anwesender Politiker verzichten.

Wie das jüngste Beispiel des *21st Century World Herald* deutlich macht, sollten solche Reformanläufe allerdings nicht als Indiz verstanden werden, dass der staatliche Propagandaapparat seinen Anspruch auf eine inhaltliche Kontrolle der Medien in absehbarer Zeit aufgeben wird. (WSJ, 17.2.03; *Washington Post*, 14.3.03; SCMP, 15.3., 2.4.03; Xinhua, 28.3.03, nach BBC PF, 29.3.03; XNA, 29.3.03) -hol-

12 Geiselnahme im Beijinger Reuters-Büro

Am Morgen des 12. März ist ein Mann jüngeren Alters in das Beijinger Reuters-Büro eingedrungen. Er behauptete, eine Bombe bei sich zu tragen, und nahm für zwei Stunden einige der dort tätigen Mitarbeiter als Geiseln. Sein erklärtes Ziel war es, vor dem Hintergrund der gerade stattfindenden Tagung des Nationalen Volkskongresses auf die verbreitete Korruption und andere Missstände im Land aufmerksam zu machen.

Der 34-Jährige gab an, auf diesem Weg seinem Protest gegen die politische Führung des Landes Ausdruck verleihen zu wollen, denen es an Respekt und Fürsorge für die werktätige Bevölkerung mangle. Er selbst sei seit mehreren Jahren arbeitslos, nachdem er seine frühere Tätigkeit als Lastwagenfahrer in einer staatlichen Stahlfabrik in der Provinz Heilongjiang im Nordosten Chinas verloren hätte. Seine persönliche Situation sei dadurch verschärft worden, dass man ihn wegen eines Streits mit seinem Vater ungerechtfertigter Weise stationärer psychiatrischer Behandlung unterzogen habe.

Chinesische Polizeikräfte umstellten das im Ostteil Beijings gelegene Hochhaus „Shengfu Mansion“ und ließen es wegen der Bombendrohung des Mannes evakuieren. Als es nach vier Stunden gelang, den Mann in Gewahrsam zu nehmen, stellte sich heraus, dass es sich bei der angeblichen Bombe um eine Fälschung handelte. Den Geiseln entstand kein körperlicher Schaden.

In der Darstellung der Xinhua-Nachrichtenagentur wurde der Eindringling als geistig Verwirrter dargestellt, dessen Motiv es gewesen sei, Klage gegen die psychiatrische Anstalt und den lokalen Gerichtshof seiner Heimatstadt Yichuan in der Provinz Heilongjiang zu erheben. Von den Korruptionswürfen des Mannes und seiner Kritik an der mangelnden sozialen Verantwortung der staatlichen Führung erwähnten die staatlichen chinesischen Medien nichts. (XNA, 13.3.03; NZZ, 13.3.03) -hol-

13 Verdächtiger der Bombenexplosionen an Beijinger Universitäten gefasst

Elf Tage nach den Bombenexplosionen an zwei Beijinger Eliteuniversitäten, die am 25. Februar 2003 das Leben von neun Personen gefordert hatten (vgl. C.a., 2003/2, Ü 12), fasste die chinesische Polizei in Fuzhou einen für die Anschläge verdächtigten jungen Mann.

Wie die staatlichen Medien bekannt gaben, handelte es sich um einen gewissen 27-jährigen Huang Minxiang, der aus Fuzhou, der Hauptstadt der südöstlichen Provinz Fujian, stammt und als Fabrikarbeiter auf der Insel Hainan tätig ist. Nach ersten Fahndungsergebnissen in Beijing habe die Polizei die Spur des Verdächtigen nach Fuzhou verfolgt und diesen in seiner Heimatprovinz gestellt. Huang habe selbst gestanden, Ende Februar die beiden Anschläge auf die Beijing- und die Qinghua-Universität im Nordwesten der Hauptstadt begangen zu haben. Über seine Motive wurde in den offiziellen Medienberichten nichts weiter verlautbart, als dass er angeblich gehofft habe, durch die Anschläge berühmt zu werden. Inwieweit seiner Tat, die er im zeitlichen Vorfeld des ab 5. März in Beijing tagenden X. Nationalen Volkskongresses unternahm, eine politische Motivation unterliegt, lässt sich aus diesen Angaben nicht erschließen.

Zhou Yongkang, der neue Minister für Öffentliche Sicherheit, dankte der Polizei für ihren Einsatz und würdigte die zügige Aufklärung des Falls. Der Fahndungserfolg sei dem ausgeprägten politischen Bewusstsein und der hohen Kampfkraft der chinesi-

schen Polizei ebenso geschuldet wie der Hightech-Ausrüstung und der effizienten Zusammenarbeit mit lokalen Polizeieinheiten und der Bevölkerung. (Xinhua, 8.3.03, nach BBC PF, 9.3.03; Xinhua, 8.3.03, nach BBC PF, 10.3.03; XNA, 9.3.03) -hol-

14 Lei Feng – Auferstehung eines alten Idols zur Vermittlung neuer Werte

Am 5. März 2003 jährte sich der „Tag des Lernens von Lei Feng“ zum vierzigsten Mal – am 5. März 1963 hatte Mao Zedong den Soldaten Lei Feng, der im August 1962 im Alter von nur 22 Jahren gestorben sein soll, zum nationalen Idol revolutionärer Aufopferung erhoben. Für den parteistaatlichen Propagandaapparat war der Jahrestag ein willkommener Anlass, die alten Werte der Selbstlosigkeit und des Patriotismus in ein neues Gewand zu kleiden und in Form von Postern, Zeitungsartikeln, TV-Features, Lehrbüchern, Ausstellungen und Dialogforen zum „Erfahrungsaustausch“ landesweit zu vermitteln.

Der revolutionären Legende zu Folge verlor der 1940 in der Provinz Hunan geborene Lei Feng im Alter von sieben Jahren seine Eltern. Mit zwanzig Jahren trat er der Volksbefreiungsarmee bei, wo er keine Mühe scheute, hilfsbedürftige Menschen zu unterstützen, indem er zahlreiche, wenn auch wenig spektakuläre gute Taten vollbrachte, bevor er 1962 durch einen Unfall ums Leben kam. Hochkonjunktur hatte der Lei-Feng-Kult vor allem während der Kulturrevolution, wo Verhaltensweisen wie nachbarschaftliche Hilfsaktionen, die Fürsorge für ältere Menschen, das Tragen von Gepäckstücken für andere, die Rückgabe von Fundsachen an den Eigentümer oder das Abtragen alter Kleidungsstücke als vorbildhaft im Sinne Lei Fengs gepriesen wurden. Die Kultfigur wurde außerdem zum Gegenstand vieler Lieder, Gedichte und Bücher.

Die jüngste Aufbereitung des revolutionären Idols durch den staatlichen Propagandaapparat dient dem offenkundigen Ziel, diese alten Werte dem neuen Zeitgeist anzupassen. So legten entsprechende Beiträge in den staatlichen Medien der Bevölkerung nahe, „in einem wesentlich erwei-

terten Sinn von Lei Feng zu lernen“: Ehrenamtliche Tätigkeiten, finanzielle Spenden für arme Mitmenschen, Blut- und Organspenden oder die Bereitschaft, durch die eigene Arbeit zur wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung in den westlichen Landesteilen beizutragen, wurden als konkrete Formen moderner Selbstlosigkeit benannt. Spezifische Anwendung fand die Kampagne auf die Gruppe privater Unternehmer, an die die parteistaatliche Führung – parallel zu dem Angebot, diese Gruppe in die KPCh zu kooptieren – in den vergangenen Jahren zunehmend hohe moralische Anforderungen gestellt hat. Im Sinne des „Lernens von Lei Feng“ wurde den Privatunternehmern und anderen „Neureichen“ nun nahe gelegt, Geld für karitative Zwecke zu spenden, Schulabbrechern zu helfen und Beschäftigungsmöglichkeiten für Arbeitslose zu schaffen. Der „Geist Lei Fengs“ wurde als wichtiges Element zeitgemäßer Unternehmenskultur empfohlen.

Li Changchun, der seit verganginem Herbst als Mitglied des Ständigen Ausschusses des Politbüros für Propaganda- und Ideologiefragen zuständig ist, äußerte anlässlich des Jahrestags, dass das Lernen von Lei Feng „im neuen Jahrhundert ehrgeizige Ideale, ein starkes Verantwortungsgefühl, eine bewusste Orientierung an Werten der gesellschaftlichen Moral und die aktive Fortführung traditioneller Tugenden“ beinhalte – Werte, die als „geistige Katalysatoren für den umfassenden Aufbau einer Gesellschaft bescheidenen Wohlstands“ dienen würden.

Wie dieses Beispiel zeigt, beabsichtigt die neue parteistaatliche Führung keineswegs, alte Propagandamodelle und ideologische Gehalte aufzugeben, sondern versucht vielmehr, diese für neue Zwecke umzuformen. Fraglich ist freilich, wie wirksam solche Kampagnen in der heutigen Öffentlichkeit noch sind. (RMRB, 1., 5.3.03; XNA, 1., 5.3.03; Associated Press, 4.3.03) -hol-

Wissenschaft, Bildung, Gesellschaft, Kultur

15 Regierungsbericht: Wissenschaft

In seinem Bericht auf der X. Tagung des NVK vom 5. März 2003 betonte der scheidende Ministerpräsident Zhu Rongji, dass die Regierung auch weiterhin an der Strategie festhalten werde, China durch Wissenschaft und Bildung zur Blüte zu bringen, und dass es von entscheidender Bedeutung für das Land sei, den wissenschaftlich-technischen Fortschritt zu beschleunigen und die Innovationsfähigkeit zu steigern. In seiner Rede ging er auf das in den vergangenen fünf Jahren Erreichte ein und bemerkte, dass in der Grundlagenforschung, in der Hightechforschung und in den angewandten Wissenschaften bedeutende Fortschritte erzielt worden seien, so vor allem in der Informationstechnologie, den Lebenswissenschaften und der Raumfahrttechnologie. Speziell erwähnte er die Entschlüsselung des Reisgenoms, den Bau des gasgekühlten Hochtemperaturreaktors mit einer Kapazität von zehn Megawatt und eines Großcomputers sowie die Raumschiffserie „Shenzhou“. Diese Leistungen stellen Zhu zufolge unter Beweis, dass sich China in technologischen Schlüsselbereichen in die vordersten Reihen der Welt einordnet. Man habe eine Reihe von Schwerpunktlabors und technologischen Forschungszentren eingerichtet und führe mehrere wissenschaftliche Großbauprojekte durch. Die Vermarktung und Umsetzung der Forschungsergebnisse hätten sich beschleunigt, und der Schutz des Urheberrechts sei verbessert worden.

Die Schwerpunkte der künftigen Arbeit setzte Zhu Rongji für die Wissenschaft wie folgt:

- Der Aufbau des staatlichen Innovationssystems soll vorangetrieben werden.
- Grundlagenforschung und Hightechforschung sollen gestärkt werden, desgleichen die

Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit.

- Der „Staatliche Plan für Hightechforschung und -entwicklung“, der „Staatliche Plan für die Entwicklung der Grundlagenforschung auf Schlüsselgebieten“ und wissenschaftlich-technische Schwerpunktprojekte sollen angepackt und durchgeführt werden.
- Es sollen Anstrengungen unternommen werden, in Schlüsselbereichen und einer Reihe fortschrittlicher Technologien Kerntechniken zu entwickeln und zu meistern und eigene Patente zu erwerben.
- Die Infrastruktur für Wissenschaft und Technik soll verstärkt werden.
- Das Verwaltungssystem für Wissenschaft und Technik soll weiter reformiert, das Dienstleistungssystem für Wissenschaft und Technik verbessert, der Schutz des geistigen Eigentums verstärkt werden, ferner soll das Patentieren von Erfindungen erleichtert und die produktive Umsetzung wissenschaftlich-technischer Ergebnisse beschleunigt werden.
- Die Sozialwissenschaften sollen die gleiche Beachtung wie die Naturwissenschaften erfahren; die Geistes- und Sozialwissenschaften sollen sich zur Blüte entfalten. (Vgl. GMRB, 6. u. 20.3.03)

Diese wissenschaftspolitischen Schwerpunkte lassen erkennen, worauf es der chinesischen Regierung ankommt: Hightechforschung und -entwicklung sollen zu Zugpferden der wirtschaftlichen Entwicklung werden. Technologische Innovationen und der Erwerb eigener Patente werden als vorrangig erachtet. Zugleich scheint es, dass der Grundlagenforschung neuerdings mehr Gewicht beigemessen wird. Bemerkenswert ist auch, dass die Geistes- und Sozialwissenschaften von offizieller Seite stärkere Beachtung erfahren als bislang. Die politische Führung hat erkannt, dass Fächer wie Rechts- und Verwaltungswissenschaft,